

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

63. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. August 2004, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Ingrid Franzen (SPD)

in Vertretung von Gisela Böhrk

Ulrike Rodust (SPD)

Uwe Greve (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Weitere Abgeordnete

Britta Schmitz-Hübsch (CDU)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung des Ostseeberichtes der Landesregierung	4
- Ministerpräsidentin Heide Simonis	
hierzu: Umdruck 15/4695 und Drucksache 15/3533	
2. Bericht zur Delegationsreise Gesundheitswirtschaft in die baltischen Staaten vom 2. bis 4. Juni 2004	8
- Ministerpräsidentin Heide Simonis	
hierzu: Umdruck 15/4769	
3. Bericht zur Vorbereitung der 13. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) vom 29. bis 31. August 2004 in Bergen	13
- Landtagspräsident Heinz-Werner Arens	
4. Bericht über die Arbeit in der Bundeskommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung	17
- Landtagspräsident Heinz-Werner Arens	
5. Perspektiven des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedenswissenschaften an der CAU Kiel (SCHIFF) im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ostseekooperation	22
- Prof. Dr. Klaus Potthoff, Geschäftsführender Direktor des SCHIFF Institutes und Christian Wellmann, Stellvertretender Direktor	
6. 3. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission	25
Mündlicher Bericht der Landesregierung (überwiesen am 18. Juni 2004 zur abschließenden Beratung)	
7. Verschiedenes	26

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung des Ostseeberichtes der Landesregierung

- Ministerpräsidentin Heide Simonis

hierzu: Umdruck 15/4695 und Drucksache 15/3533

MP Simonis stellt zu Beginn der Vorstellung des Ostseeberichtes der Landesregierung fest, mit der Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 sei die fast 50 Jahre lang bestehende historische Lücke zwischen Ost und West wieder ein großes Stück geschlossen worden und das alte Europa mit seinen Werten habe wieder an Bedeutung gewonnen. Die EU-Erweiterung stelle eine besondere historische Chance für die Ostseeregion dar, da nun alle Ostseeländer bis auf Russland zur Europäischen Union dazugehörten und man mit einem gewissen Stolz sagen könne, die Ostsee bilde das Mittelmeer der Europäischen Union. Nun müsse versucht werden, die Gedanken und den Fokus der anderen, die bisher immer mehr süd-west-orientiert gewesen seien, ein bisschen mehr hierher an die Ostsee zu verlagern.

MP Simonis stellt im Folgenden die besondere Ausgangsposition der Ostseeregion dar, die anknüpfend an ihre historische Bedeutung in der Hansezeit heute wieder eine der bedeutendsten Regionen Europas und der Welt mit einem besonders fruchtbaren Austausch der Beziehungen und einer sehr guten Entwicklungsprognose geworden sei. Sie erklärt, alle wichtigen Ostseeereignisse in diesen Wochen und Monaten stünden unweigerlich unter dem Eindruck der historischen EU-Erweiterung. Das gelte für die anstehende Ostseeparlamentarierkonferenz in Norwegen ebenso wie für den jüngsten Ostseegipfel der Regierungschefs vor zwei Monaten in Estland und natürlich auch für den Ostseebericht der Landesregierung.

MP Simonis geht vor dem Hintergrund der Frage, weshalb auch nach der Osterweiterung der Europäischen Union die Ostseekooperation nach wie vor erforderlich sei, auf die besonderen Chancen, die in dieser Zusammenarbeit bestünden, näher ein. So liege eine Chance, den Wettbewerb der Regionen in einem größeren Europa zu bestehen, gerade auch in einer engeren Zusammenarbeit rund um die Ostsee. Die Aufgabe, die Partner Schleswig-Holsteins in Estland, Lettland, Litauen und Polen an die Standards der EU heranzuführen, sei auch mit dem EU-Beitritt noch lange nicht geschafft. Ebenso ungelöst sei die Frage, wie eine gleichbe-

rechtigte Mitwirkung, Öffnung und Annäherung der Regionen Nord-West-Russlands an die jetzt europäischer gewordene Ostseeregion erreicht werden könne.

Die Kernfragen lauteten daher: Wie könne es Schleswig-Holstein schaffen, eine eigenständige gemeinsame Kraftanstrengung zur Entwicklung der Ostseeregion auch nach der EU-Erweiterung zu leisten, welche neuen Themen müssten angepackt werden, welche Entwicklungschancen könnten nach der EU-Erweiterung besser angegangen werden als zuvor und welche politischen Chancen eröffneten sich durch die Möglichkeiten des gemeinsamen Auftretens von nunmehr acht Ostseestaaten in Brüssel.

Die Landesregierung werde ihren Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen leisten und habe sich folgende Ziele gesetzt: Die Landesregierung wolle die Hochschulkooperation zur „Wissensregion Ostsee“ ausbauen. Deshalb werde im September auch der erste virtuelle Studiengang des „Baltic Sea Virtual Campus“ in seine erste Praxisphase gehen.

Weiter werde angestrebt, die Ostseeregion zu einer „Region ziviler Sicherheit“ zu machen und die bereits bestehenden und sehr erfolgreichen Sicherheitspartnerschaften Schleswig-Holsteins weiter auszubauen. Diese eigene Sicherheitszusammenarbeit rund um die Ostsee auch nach der EU-Erweiterung sei gerade vor dem Hintergrund des Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung nach wie vor sehr wichtig.

Außerdem verfolge Schleswig-Holstein das Ziel, die Ostsee zu einem der weltweit sichersten Verkehrsgebiete zu machen. Das auf der Schiffsicherheitskonferenz Anfang Mai in Kiel erreichte Ergebnis, die so genannten 10 Thesen, hätten inzwischen ihren Weg durch Europa gemacht und seien von allen begrüßt und gut aufgenommen worden. Dieses viel beachtete Ergebnis sei von Bundesverkehrsminister Stolpe auf dem Treffen der Regierungschefs der Ostseestaaten vorgetragen und zu einem Thema in Brüssel geworden. Vor diesem Hintergrund begrüßt MP Simonis auch die Initiative von Abg. Rodust, das Thema Schiffsicherheit im Ausschuss der Regionen noch einmal gesondert zu behandeln.

Sie erklärt weiter, Schleswig-Holstein wolle mit der „Initiative Zukunft Meer“ einerseits die maritime Wirtschaft und Forschung Schleswig-Holsteins stärken, andererseits Schleswig-Holstein aber auch zu einer europäischen Modellregion machen. Diese Initiative Schleswig-Holstein sei bei ihren Besuchen in den baltischen Staaten und in Brüssel Anfang Juni auf sehr viel Zustimmung gestoßen.

Es müssten die Gesundheitswirtschaft und -dienstleistungen im Ostseeraum weiter gestärkt und aus der erfolgreichen „Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein“ neue Märkte für das

Land Schleswig-Holstein und neue Felder für die Ostseezusammenarbeit erschlossen werden. Die Delegationsreise mit Unternehmen aus Schleswig-Holstein und Hamburg in die baltischen Staaten Anfang Juni habe hier viel versprechende Kontakte gebracht.

Dass die Landesregierung auch die kulturellen Begegnungen und die Zusammenarbeit im Ostseeraum ausbauen, Jugendbegegnungen im Ostseeraum stärken wolle, sei selbstverständlich. Mit der Neuausrichtung von Ars Baltica und mit der neuen Marketingoffensive für Kulturtourismus in Schleswig-Holstein seien hier erste wichtige Schritte eingeleitet worden. Schleswig-Holstein habe bereits heute mit den in Schleswig-Holstein angesiedelten Ostseejugendbüros eine führende Rolle in der Ostseejugendpolitik.

Weiter müsse sich die Ostseeregion als Modellregion nachhaltiger Entwicklung profilieren. Mit Baltic 21 und mit HELCOM verfüge die Ostseeregion schon heute über handlungsfähige Strukturen, aber es sei für die Zukunft wichtig, dass stärker als bisher auch Initiativen und konkrete Projektbeiträge aus den Regionen selbst hinzukämen.

Schleswig-Holstein müsse die wirtschaftlichen Chancen im Ostseeraum gezielt nutzen. Zwar seien die Zuwachsraten im Außenhandel mit den neuen EU-Mitgliedstaaten und mit Russland bereits vor der EU-Erweiterung beachtlich gewesen, mit gezielten Außenwirtschaftsaktivitäten und Delegationsreisen wolle Schleswig-Holstein aber auch weiterhin aktive Marketingeinführungshilfe für schleswig-holsteinische Unternehmen leisten.

Als letztes Ziel nennt sie, dass sich Schleswig-Holstein als starke Transportdrehscheibe im Ostseeraum positionieren wolle und müsse. Die Prognosen zur künftigen Entwicklung der Transportvolumina im Ostseeraum seien bemerkenswert und die Ostseeregion werde zu einer der bedeutendsten Transportregion in Europa werden. Diese Chance müsse Schleswig-Holstein nutzen, dazu sei der Ausbau der überregionalen Infrastrukturen - A 20, Elbquerung, feste Fehmarnbeltquerung oder die Beschleunigung der überregionalen Eisenbahnstrecken - unerlässlich.

MP Simonis stellt fest, dass das Erreichen dieser ambitionierten Ziele aus eigener Kraft kaum möglich sei, deshalb müsse sich das Land strategische Allianzen im Norden suchen. Die bewährte Zusammenarbeit mit Hamburg und Norddeutschland sowie die STRING-Zusammenarbeit in der südwestlichen Ostseeregion seien hier strategische Stellschrauben, um die Wettbewerbsfähigkeit im Norden zu verbessern. Daneben sei die Schaffung einer gemeinsamen Interessenvertretung der Ostseeregion in Brüssel erforderlich, denn das Gewicht des Nordens in Brüssel sei durch die Osterweiterung gestiegen. In diesem Zusammenhang werde die Landesregierung die Institution des Hanse Office weiter unterstützen.

In Absprache mit Hamburg sei nun auch eine Lösung in der Nachfolge von Herrn Dr. Froschmeier gefunden worden. Sie habe es zwar bedauert, dass die Idee, die Stellung mit jemandem zu besetzen, der sich in den Büros der Kommissare in Brüssel auskenne, jetzt nicht weiter fortgeführt werde, aber vielleicht werde es Schleswig-Holstein gelingen, das auf kleiner Basis für das Land Schleswig-Holstein fortzusetzen und eine Person für diese Aufgabe zu gewinnen.

Sie erklärt weiter, darüber hinaus müssten auch für die Zukunft EU-Fördermöglichkeiten für transnationale Projekte im Ostseeraum geschaffen werden, um den Brückenschlag nach Nord-West-Russland zu schaffen. Deshalb werde man versuchen, die schleswig-holsteinischen Initiativen nach Nord-West-Russland noch enger als bisher mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern abzustimmen und zu koordinieren. Insgesamt sei festzustellen, dass Schleswig-Holstein heute nicht nur an den STRING-Projekten, sondern an 20 von insgesamt 68 INTEREG III B-Projekten seit Oktober 2001 beteiligt sei. Die Initiative Schleswig-Holsteins bei diesen durchgeführten INTEREG III B-Projekten könne deshalb nur als Erfolgsgeschichte gesehen werden und Schleswig-Holstein müsse versuchen, in Brüssel und Berlin auf ein Nachfolgeprogramm zu INTEREG III B auch nach 2006 zu drängen, um diese Erfolgsgeschichte fortschreiben zu können.

MP Simonis berichtet weiter über den Ostseegipfel der Regierungschefs am 21. Juni 2004 in Laulasmaa (Estland). Sie führt aus, auch wenn der Bundeskanzler bedauerlicherweise seine Teilnahme kurzfristig habe absagen müssen, habe die Bundesregierung, vertreten durch Bundesminister Stolpe, mit einem eindringlichen Auftritt zum Thema Schiffssicherheit ein starkes Zeichen gesetzt. Von diesem Treffen sei ein unüberhörbares politisches Signal für die Stärkung der Schiffssicherheit und des maritimen Umweltschutzes ausgegangen. Allerdings sei auf der Konferenz auch dieses Mal kein Durchbruch im Streit mit Russland - unter anderem zur Frage der Lotsenpflicht in der Kadettrinne und zur Ausmusterung alter Schiffe - erzielt worden. Wahrscheinlich werde man hier nur etwas erreichen können, wenn man den Druck mit anderen auf Russland dadurch erhöhe, dass man sage, bestimmten Schiffen werde die Einfahrt in Häfen verweigert.

Abschließend stellt sie fest, der Ostseegipfel habe insgesamt zwei wichtige Zeichen gesetzt. Zum einen sei deutlich geworden, dass die Zusammenarbeit im Ostseerat auch über die EU-Erweiterung hinaus unerlässlich sei. Es sei gelungen, den politischen Dialog in der Ostseeregion an konkreten Themen und gemeinsamen Interessen festzumachen. Damit hätten sich manche Zweifel, ob die Ostseekooperation durch den von nun an jährlichen Wechsel von Ostseegipfel und Außenministertreffen geschwächt werde, nicht bestätigt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht zur Delegationsreise Gesundheitswirtschaft in die baltischen Staaten vom 2. bis 4. Juni 2004

- Ministerpräsidentin Heide Simonis

hierzu: Umdruck 15/4769

MP Simonis verweist auf ihren schriftlichen Bericht zur Delegationsreise Gesundheitswirtschaft in die baltischen Staaten vom 2. bis 4. Juni 2004, Umdruck 15/4769.

Darüber hinaus merkt sie kurz an, die Reise habe sich gelohnt. Die als „Markteinführungshilfe“ für Vertreter der schleswig-holsteinischen Gesundheitswirtschaft gedachte Reise habe nach deren eigener Einschätzung erste viel versprechende Kontakte gebracht. Sie dankt in diesem Zusammenhang ausdrücklich den schleswig-holsteinischen Kammern, der WSH und den Schleswig-Holstein Büros, die in enger Zusammenarbeit zu dem Erfolg dieser Reise beigetragen hätten. In den Gesprächen mit den Regierungen, die sie selbst in den drei baltischen Staaten geführt habe, sei deutlich geworden, dass diese Schleswig-Holstein nach wie vor als richtigen Partner für eine Zusammenarbeit betrachteten. Von den Regierungschefs seien die schleswig-holsteinischen Initiativen für mehr Schiffssicherheit und für eine koordinierte EU-Meeresspolitik bereitwillig aufgegriffen worden. Sie regt an, das Thema EU-Meeresspolitik auch in der Nordseekooperation verstärkt zu verfolgen.

Abschließend stellt MP Simonis fest, dass die Ostseekooperation auf Dauer allein mit ihren bestehenden Strukturen im europäischen Wettbewerb nicht werden bestehen können. Bis jetzt sei die Europäische Union sehr auf sich selbst und die Binnennachfrage ausgerichtet gewesen. Nun müsse nach gemeinsamen Interessen und nach Partnern in der Ostseeregion gesucht werden. Mit dem Ostseebericht habe die Landesregierung versucht, einen Stein ins Wasser zu werfen: Sie schlage vor, unter dem Stichwort „Die Ostseekooperation zu einer Kooperation des Nordens ausbauen“ eine stärkere thematische Zusammenarbeit mit benachbarten Räumen, zum Beispiel mit dem Nordseeraum oder mit der Barrentseeregion zu initiieren. Die Position des Nordens in einem erheblich erweiterten Europa müsse gestärkt werden. Die Landesregierung habe sich jetzt mit ihren Initiativen zur Schiffssicherheit und zur Meereswirtschaft an die Niederlande gewandt und die schleswig-holsteinische Partnerregion in Norwegen, die vor kurzem den Vorsitz in der Nordseekommission übernommen habe, habe bereits Interesse an dieser Entwicklung signalisiert.

Abschließend hebt sie noch einmal den guten Ruf Schleswig-Holsteins in der Ostseepolitik hervor, der ihr auf ihren Reisen durch die Ostseeregion immer wieder deutlich werde und berichtet, dass das Sekretariat des Ostseerates (CBSS) die Landesregierung eingeladen habe, den diesjährigen Ostseebericht - der in dieser Form einzigartig sei - im Rahmen einer Vortragsveranstaltung in Stockholm einem interessierten Fachpublikum vorzustellen. Auch dies sei ein Zeichen dafür, welche Wertschätzung die fraktionsübergreifende Ostseepolitik Schleswig-Holsteins in der übrigen Ostseeregion genieße. Vor diesem Hintergrund spricht sie den Abgeordneten ihren Dank für die Unterstützung der Landesregierung bei ihrer Ostseepolitik in den vergangenen Jahren aus.

In der anschließenden Aussprache weist Abg. Behm auf Berichte über besondere Vorbereitungen Dänemarks im Bereich der Schiffssicherheit zur Terrorismusbekämpfung hin und fragt, ob es in Deutschland ähnliche Bestrebungen oder Aktivitäten auf diesem Gebiet gebe. MP Simonis antwortet, ähnliche Vorkehrungen würden auch in Deutschland getroffen, einen detaillierteren Bericht hierzu könne jedoch nur der Innenminister abgeben. Insgesamt könne sie jedoch feststellen, dass es in diesem Bereich eine gute Kooperation der Ostseeanrainerstaaten gebe, lediglich Russland halte sich hierbei im Moment noch ein wenig zurück.

Abg. Ritzek spricht die Erwartungshaltung der vier neuen EU-Länder, die baltischen Staaten und Polen, gegenüber Schleswig-Holstein an und fragt, ob es da in erster Linie um wirtschaftliche Verbesserungen und Unterstützung gehe und bittet um weitere Informationen darüber, wie die alltägliche Arbeit in den Schleswig-Holstein-Büros in den baltischen Staaten aussehe. Er erklärt, sicher könne man von den neuen Ländern auch etwas lernen und übernehmen. Außerdem möchte er wissen, welche Bedeutung die NGO in den neuen Beitrittsländern spielten, ob sie dort genauso positiv eingeschätzt würden, noch Hilfe beim Aufbau benötigten oder sogar in einer anderen Form als in Deutschland existierten.

MP Simonis nennt mehrere Beispiele aus der kommunalen Selbstverwaltung, unter anderem der Drogenbekämpfung, der Gesetzgebung und den Infrastrukturmaßnahmen, bei deren Aufbau Schleswig-Holstein die baltischen Staaten unterstützt habe, um ihre Europafähigkeit zu erreichen.

Sie hebt die besondere Leistung der Anpassung der Menschen in den neuen EU-Mitgliedsländern hervor, die Zuversicht der Menschen, die einem sofort auffalle, sobald man durch die Länder reise. Die jungen Leute seien sehr selbstbewusst und voller Zuversicht für den Weg ihres Landes in der Zukunft. Das wünsche sie sich für Deutschland oftmals auch.

Die Frage von Abg. Ritzek, ob es in den baltischen Staaten vergleichbar NGO gebe, beantwortet sie dahingehend, ehrenamtliche Arbeit sei dort bisher nicht bekannt gewesen, beim Aufbau unterschiedlicher Organisationen seien sie in den letzten Jahren deshalb von vielen anderen Staaten unterstützt worden, insbesondere auch von den skandinavischen Ländern. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Vertrauen der skandinavischen Ländern in die baltischen Staaten - vor allem auch in der privaten Wirtschaft - sehr viel größer sei als in Deutschland, so hätten sich in den baltischen Staaten in den letzten Jahren eine Reihe von privaten skandinavischen Banken niedergelassen. Deutsche Banken seien dort sehr viel zurückhaltender, bisher gebe es lediglich öffentlich-rechtliche Bankfilialen deutscher Bankinstitute in den baltischen Staaten. Dies sei ein Problem, denn deutsche Firmen seien viel eher dazu zu bewegen, in ein Land zu investieren, wenn sie dort auch deutsche Banken vorfänden. Die Schleswig-Holstein-Büros - deren alltägliche Arbeit Abg. Ritzek ebenfalls angesprochen habe - versuchten hier, Überzeugungsarbeit bei deutschen Banken zu leisten. Im Übrigen stellten die Büros eine Anlaufstelle für alle Fragen, die im Zusammenhang mit den baltischen Staaten in Schleswig-Holstein auftauchten, dar. Das gehe von Informationen über Studienbedingungen, Vermittlung von Ansprechpartnern in Unternehmen, über die Information über Wirtschaftsbedingungen bis hin zur Organisation von Reisen von Parlamentariern in die baltischen Staaten.

Abg. Rodust bedankt sich für den vorliegenden Ostseebericht der Landesregierung und erklärt, er stelle eine gute Arbeitsgrundlage dar. Sie erklärt, wenn es Schleswig-Holstein unter Mitwirkung von weiteren Partnern gelingen werde, die in dem Bericht genannten Leitziele zu verwirklichen und umzusetzen, werde davon nicht nur Schleswig-Holstein einen großen Nutzen haben. Im Zusammenhang mit dem genannten Ziel „Zukunft Meer“ ergänzt sich aus ihrer Arbeit im Ausschuss der Regionen, die schleswig-holsteinischen Abgeordneten hätten vor, in Zusammenarbeit mit dem Hanse-Office eine Initiativstellungnahme für den Ausschuss der Regionen mit dem Ziel zu erarbeiten, eine eigenständige „Kommission Meer“ einzurichten, die sich mit den Meeren in Europa beschäftige. Sie möchte wissen, wer die Verwirklichung der Leitziele innerhalb der Landesregierung koordinieren solle und ob zu einzelnen formulierten Zielen auch die Durchführung weiterer Konferenzen geplant sei, wie zuletzt die interessante Konferenz zum Thema „Schiffssicherheit“. MP Simonis erklärt, die Koordinierung der Arbeit im Zusammenhang mit den erklärten Leitzielen werde weiterhin durch die Staatskanzlei stattfinden, die Durchführung der verschiedenen im Zusammenhang mit den Leitzielen geplanten Initiativen werde dann durch die einzelnen Ministerien erfolgen. Lediglich bei den Zielen „Gesundheitsinitiative“ und „Zukunft Meer“ werde die Staatskanzlei auch den aktiven Part übernehmen.

Abg. Spoorendonk begrüßt ausdrücklich, dass MP Simonis in ihrem Bericht sehr deutlich gemacht habe, dass die Ostseekooperation mehr sei, als eine reine EU-Kooperation. Die Ostsee-Kooperation habe einen eigenen Stellenwert, dieser müsse auch in der zukünftigen Entwicklung deutlich gemacht werden und es müsse sichergestellt werden, dass hierfür weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. Sie spricht weiter die Streichung der Stelle der Beauftragten des Ostseerates für demokratische Entwicklungen, Frau Helle Degn, an und fragt, ob die Landesregierung Informationen über weitere bilateral geplante Kürzungen im Bereich der Ostseekooperation habe. Sie erklärt außerdem, auch wenn sich nicht bewahrheitet habe, dass durch die EU-Osterweiterung eine Schwächung des Ostseerates stattgefunden habe - so, wie MP Simonis das eben vorgetragen habe -, sehe sie nach wie vor ein Problem darin, dass die Bundesregierung die Ostseekooperation immer noch nicht als besonders wichtig wahrgenommen habe. Sie möchte wissen, ob die Landesregierung eine Möglichkeit sehe, wie sich Schleswig-Holstein und die norddeutschen Länder auf Bundesebene für eine stärkere Wahrnehmung der Ostseekooperation einsetzen könnten.

Im Zusammenhang mit der Beantwortung von den von Abg. Spoorendonk aufgestellten Fragen führt Herr Pfannkuch aus, ein beruhigendes Zeichen sei es gewesen, dass auch nach der aktuellen Überprüfung der finanziellen Mittel des Ostseerates eine Festschreibung der bisherigen Ressourcen stattgefunden habe. Ob es bei anderen Organisationen der Ostseekooperation ähnliche Prozesse gebe, könne er so nicht sagen.

AL Musiolik ergänzt, die EU-Erweiterung bedinge eine Umstellung aller Ostseegremien. Dies sei auch ein Thema des Ostseegipfels in Estland gewesen. In diesem Zusammenhang könne er die Bestrebungen des Landtages, die Kooperation mit dem Ostseerat zu verstärken, nur begrüßen.

Abg. Schmitz-Hübsch spricht die aktuelle Beeinträchtigung des deutsch-polnischen Verhältnisses an und möchte wissen, welche Auswirkungen diese Verstimmung zwischen Deutschland und Polen auf die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Polen habe, und ob MP Simonis der Auffassung sei, dass dies Verstimmung auf Dauer anhalten oder überwunden werden könne. MP Simonis erklärt, die gegenwärtigen etwas schwierigeren Beziehungen zwischen Deutschland und Polen hätten keinerlei direkte Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Polen. Die Zusammenarbeit laufe nach wie vor auf einer guten Basis.

Der Ausschuss beschließt anknüpfend an den Bericht der Ministerpräsidentin, den ihm vom Plenum überwiesenen mündlichen Bericht der Landesregierung über die Zukunft des Ostseerates abschließend zur Kenntnis zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder kommen außerdem überein, das Angebot der Ministerpräsidentin anzunehmen, das Thema Ostseepolitik im Herbst des Jahres mit einem Bericht von AL Musiolik über die Vorstellung des Ostseeberichtes im Rahmen einer Vortragsveranstaltung in Stockholm auf Einladung des Sekretariates des Ostseerates (CBSS) wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht zur Vorbereitung der 13. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)
vom 29. bis 31. August 2004 in Bergen**

- Landtagspräsident Heinz-Werner Arens

LP Arens berichtet über den Stand der Vorbereitungen der 13. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) vom 29. bis 31. August 2004 in Bergen, die in diesem Jahr unter dem Thema „Nachhaltige Entwicklung - gemeinsame Anliegen und gemeinsame Verantwortung in der Ostseeregion“ stehe. Der zweite Aktionsplan für die Nördliche Dimension von 2004 bis 2006 liefere den konzeptionellen Rahmen für die Programmstruktur und bilde zugleich den Schwerpunkt des ersten Sitzungsabschnittes. Er erläutert weiter die Hintergründe des zweiten Aktionsplanes der Nördlichen Dimension und erklärt, die Nördliche Dimension werde angesichts der jüngsten EU-Erweiterung weiter an Bedeutung gewinnen. Dies werde auch in der Mitteilung der Kommission „Größeres Europa - neue Nachbarschaftspolitik“ hervorgehoben, die mit Blick auf die Neuausrichtung der EU-Finanzinstrumente nach 2006 sowie auf die Notwendigkeit, eine kohärente Politik der EU gegenüber allen Nachbarstaaten der erweiterten Union zu entwickeln, diskutiert werde. Die Umsetzung der neuen Nachbarschaftspolitik konzentriere sich in der ersten Phase bis 2006 zunächst auf eine stärkere Annäherung der bestehenden Förderinstrumente INTEREG III B und TACIS. Besonders erfreulich sei die Doppelung von russischem Vorsitz und russischem Redner in diesem ersten Sitzungsabschnitt der Konferenz. Die wichtige Rolle Russland im Ostseeraum werde darüber hinaus auch durch den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses des BSPC unterstrichen, der in seinem Jahresbericht unter anderem auf die Beziehungen zu Kaliningrad eingehen werde.

LP Arens führt weiter aus, Gegenstand des ersten Sitzungsabschnittes werde weiter das Thema „Bürgergesellschaft“ sein. Die Nördliche Dimension basiere ebenso wie die Ostseekooperation auf dem bottom-up approach, einem von unten nach oben gestuften Entwicklungsprozess. Ausgangspunkt sei die Bürgergesellschaft, deren Forderungen und Vorschläge in einem engen Dialog mit Parlamenten und Regierungen analysiert, koordiniert und realisiert werden sollten. In der Diskussion am Ende des ersten Sitzungsabschnittes werde gleichberechtigt mit den Konferenzteilnehmern auch Vertretern von Nichtregierungsorganisationen die Gelegenheit gegeben, zu den Beiträgen der Referenten Stellung zu beziehen.

LP Arens berichtet weiter, der zweite und dritte Sitzungsabschnitt der Konferenz greife mit den Bereichen Gesundheit und Wohlfahrt sowie Umwelt zwei Schwerpunktsektoren aus dem zweiten Aktionsplan zur Nördlichen Dimension auf. Danach müsse der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, insbesondere Tuberkulose und Aids in Nord-West-Russland und den neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie der Problemlösung bei Drogenmissbrauch, Alkoholismus und anderen mit der Lebensführung verbundenen Umständen, Priorität eingeräumt werden. Zu diesem zweiten Sitzungsabschnitt werde der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung ein einführendes Statement abgeben. LP Arens verweist in diesem Zusammenhang auch auf das als Tischvorlage verteilte Programm der 13. Ostseeparlamentarierkonferenz.

Er stellt sodann die Struktur der Schlussresolution vor, die sich wie gewohnt an den Schwerpunktthemen des Konferenzprogramms orientiere. Der ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz habe mit seinem Entwurf ein Gerüst vorgelegt, das in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Konferenz in Bergen ausgefüllt werden müsse. Der Text der Resolution könne dem Anhang zum vorgelegten Programm zur Konferenz entnommen werden. Änderungsanträge zur Schlussresolution könnten im Laufe der Konferenz, spätestens bis zu der ersten Sitzung des Redaktionsausschusses, eingebracht werden. Es sei davon auszugehen, dass Mecklenburg-Vorpommern noch detaillierte Forderungen zum Thema „Schiffssicherheit vorlegen“ werde.

LP Arens regt an, dass sich der Europaausschuss unter Bezug auf das diesjährige KielerWoche-Gespräch mit der Frage befassen sollte, wie die Arbeit von Helle Degn, der ehemaligen Beauftragten des Ostseerates für demokratische Entwicklung, fortgeführt werden könne. Eine an den Ostseerat gerichtete Forderung des Landtages könnte per Änderungsantrag in die Schlussresolution aufgenommen werden. Als besonders erwähnenswert hebt er die Zeilen 43 bis 50 der Schlussresolution hervor, mit denen die Weichen für die zukünftige Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz gestellt würden.

Er geht weiter auf die Bedeutung der Ostseeparlamentarierkonferenz als parlamentarische Dimension der Regierungen durch den Ostseerat (CBSS) ein und erklärt, diese Zusammenarbeit habe in der Vergangenheit sichtbaren Ausdruck in der Berichterstattung des jeweils amtierenden Ostseeratsvorsitzes an die Teilnehmer der BSPC-Jahreskonferenzen gefunden. Für die Zukunft werde erwogen, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die BSPC als parlamentarische Dimension des CBSS zu stärken. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den den Ausschussmitgliedern vorliegenden Text seiner Rede, die er im April im Auftrag des Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz im estnischen Pärnu vor Vertretern des Ostseerates gehalten habe. Auf den Punkt gebracht laute seine These: Ein klares Ja zur enge-

ren Zusammenarbeit mit dem Ostseerat, aber nicht als dessen parlamentarisches Anhängsel. Denn die BSPC sei die parlamentarische Dimension der Ostseekooperation, die sie Synergie stiftend in die Zusammenarbeit mit dem Ostseerat einbringe.

Vor diesem Hintergrund werde es sicherlich interessante und zum Teil auch kontroverse Diskussionen in Bergen geben. Er halte diesen Konferenzteil für den interessantesten und wichtigsten, denn in Bergen werde man die Weichen für die Zukunft der BSPC und vor allem für die Position der Landesparlamente und der übrigen Regionalparlamente stellen.

Der ständige Ausschuss der BSPC diskutiere zurzeit Vorschläge, wie dieser Prozess vorangetrieben und optimiert werden könne. Erste Tendenzen zeichneten sich bereits ab. So sei vorgeschlagen worden, durch die Benennung ständiger Delegationen der entsendenden Parlamente für die Dauer ihrer jeweiligen Wahlperioden die Arbeit der BSPC zunehmend zu professionalisieren. Bisher sei das in der Regel auch schon so praktiziert worden, obwohl das formal noch nicht vorgeschrieben sei. Als Zweites werde die Aufnahme eines Repräsentanten des Europäischen Parlamentes in den ständigen Ausschuss der BSPC diskutiert, denn so könne die Fachkompetenz vergrößert und die Verbindung nach Straßburg und Brüssel intensiviert werden.

Drittens gebe es den Ansatz, die engere Zusammenarbeit von BSPC und CBSS - vom Informationsaustausch über die wechselseitige Teilnahme an Sitzungen bis hin zu gemeinsamen Vorhaben - weiter zu entwickeln. Überlegungen, wie die Umsetzung der BSPC-Resolutionen verbessert werden könne, stünden dabei im Mittelpunkt.

Darüber hinaus habe die BSPC auf ihrer letzten Jahrestagung großes Interesse an der Weiterführung der Arbeit der CBSS Commissioner on Democratic Development artikuliert, die Arbeit also, die mit dem Namen von Ministerin a. D. Helle Degn auf das Engste verbunden sei. Der ständige Ausschuss der BSPC werde Kontakt mit der CBSS Working Group on Democratic Institution aufnehmen und die Bereitschaft der Parlamentarier zu einer gemeinsamen Lösungsfindung mit dem CBSS signalisieren.

LP Arens erklärt, diese und andere Vorschläge werde eine von der 13. Ostseeparlamentarierkonferenz in Bergen einzusetzende Arbeitsgruppe ausarbeiten und vertiefen. Eine Stärkung der BSPC als parlamentarische Dimension des CBSS werde zwangsläufig Fragen zur Geschäftsordnung und Finanzierung der Ostseeparlamentarierkonferenz nach sich ziehen. Die Arbeitsgruppe werde sich aus jeweils ein bis zwei Mitgliedern pro Land zusammensetzen, er gehe davon aus, dass dies für Deutschland ein Vertreter des Deutschen Bundestages und er selbst als Vertreter der Landesparlamente sein werde. Die Ergebnisse der

Arbeitsgruppe seien dem Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz bis zum 31. März 2005 zur weiteren Beratung vorzulegen. LP Arens schlägt vor, dass sich auch der Europaausschuss des Landtages mit dem Thema „Weiterentwicklung der parlamentarischen Dimension der Ostseeparlamentarierkonferenz“ befassen und Vorschläge für die Diskussion in der Arbeitsgruppe entwickeln sollte.

Abschließend weist er darauf hin, dass Schleswig-Holstein in Bergen mit sechs Abgeordneten vertreten sein werde.

Die Abgeordneten kommen nach einer kurzen Diskussion überein, noch rechtzeitig zum anstehenden August-Plenum des Landtages einen interfraktionellen Antrag in Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenz zu erarbeiten, in dem das Fortbestehen einer Beauftragtenstelle für demokratische Entwicklung, in Fortführung der Stelle der ehemaligen Beauftragten des Ostseerates für demokratische Entwicklung, Frau Helle Degn, eventuell umstrukturiert als Beauftragtenstelle für demokratische Entwicklung und Minderheiten, gefordert wird. Die Landtagsverwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Entwurf vorzubereiten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht über die Arbeit in der Bundeskommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung

- Landtagspräsident Heinz-Werner Arens

LP Arens knüpft an seinen letzten Bericht vor dem Ausschuss über die Arbeit der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung an und berichtet über die weitere Entwicklung der Verhandlungen im Rahmen der Kommissionsarbeit. Er führt aus, zur Erarbeitung konkreter Vorschläge seien zusätzlich zu den bereits bestehenden zwei Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen „Gesetzgebungskompetenzen und Mitwirkungsrechte“ und „Finanzbeziehungen“ sieben so genannte Projektgruppen zu speziellen Schwerpunktthemen eingesetzt worden. Zur Besetzung dieser Arbeitsgruppen, der leider kein Vertreter der Landesparlamente angehöre, sondern nur Vertreter von Bundestag und Bundesrat, verweist er auf die vorliegende Tischvorlage.

Er berichtet weiter, in der letzten Sitzung der Kommission vor der Sommerpause am 8. Juli 2004 habe es einen Zwischenbericht der einzelnen Projektgruppen zum Stand der Beratungen gegeben. Dabei seien jedoch noch nicht zu allen Themenkomplexen Lösungsansätze präsentiert worden, die Projektgruppen hätten also noch einige Arbeit zu bewältigen.

Als Ergebnis der Zwischenberichte könne jedoch festgestellt werden, dass sich ersten ein Grundkonsens hinsichtlich einer Änderung des Artikels 84 Grundgesetzes abzeichne. Ziel sei es, eine Entflechtung dieser Vorschrift herbeizuführen, die in der Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht in einer Großzahl von Fällen zu einer Zustimmungsbedürftigkeit von Bundesgesetzen führe. Nach dem Vorschlag der Projektgruppe 1 solle Artikel 84 Grundgesetz nunmehr so umformuliert werden, dass die Zustimmungspflicht des Bundesrates entfalle. Dafür solle den Ländern das Recht eingeräumt werden, von der Bundesregelung abweichendes Verwaltungsverfahrenrecht zu erlassen. Konsens bestehe insoweit darüber, dass zukünftig den Kommunen keine Aufgaben durch Bundesgesetze übertragen werden sollten. Strittig sei allerdings noch, ob dem Bund in bestimmten Fällen die Möglichkeit eingeräumt werden solle, verbindliches Verfahrensrecht ohne Abweichungsmöglichkeit für die Länder zu setzen.

Zweitens wolle er auch ein Zwischenergebnis der Beratungen mehrerer Projektgruppen, die sich mit der Zuordnung von Gesetzgebungskompetenzen zu Bund und Ländern befassten, vorstellen. LP Arens weist darauf hin, dass er an dieser Stelle nur einige der in Frage stehen-

den Zuständigkeitsregelungen hervorheben könne. Es zeichne sich jedoch ab, dass die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes entfallen könnte. Dadurch könne nach gegenwärtigem Stand eine Erweiterung der Kompetenzen der Länder im Bereich des öffentlichen Dienstrechts sowie im Bereich der Besoldung und Versorgung erreicht werden. Gleiches gelte für den Bereich des Hochschulwesens, wobei noch Streit darüber bestehe, wie bestimmte bundeseinheitliche Standards sichergestellt werden sollten, beispielsweise hinsichtlich der Begründung von Beamtenverhältnissen oder Zugangsvoraussetzungen zu Hochschulen. Weiter in der Diskussion stünden auch Zuständigkeiten im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes und Kompetenztitel mit regionalem Bezug, hier insbesondere die öffentliche Fürsorge, das Wohnungswesen und Bereiche des Rechts der Wirtschaft.

Als drittes Zwischenergebnis berichtet er über die Arbeit der Projektgruppe 1 zum Themenkomplex „Europa“ insbesondere mit der Frage, ob gegenwärtig die Europafähigkeit des bundesstaatlichen Handelns gewährleistet sei. Festzustellen sei, dass der Bund hier zu einer Vereinfachung des Verfahrens nach Artikel 23 Grundgesetz tendiere, da gegenwärtig das komplizierte Verfahren des Artikel 23 Grundgesetz eine optimale Vertretung der nationalen Interessen der Bundesrepublik in Brüssel verhindere. Die Länder hielten dem die Auffassungen entgegen, dass sich das System der Ländermitwirkung in EU-Angelegenheiten grundsätzlich bewährt habe und notwendig sei, um die Interessen der Länder angemessen zu vertreten und Verwaltungserfahrungen in das Verfahren einzubringen. Unter diesen Voraussetzungen - so die Einschätzung von LP Arens - sei damit das Erreichen wesentlicher Änderungen nicht wahrscheinlich.

LP Arens informiert viertens darüber, dass sich die Projektgruppe 7 mit der Erarbeitung eines konkreten Vorschlags zur Verankerung Berlins als Hauptstadt im Grundgesetz beschäftige.

Er weist weiter darauf hin, dass - wie nicht anders zu erwarten - die Finanzthemen als besonders heikel einzuordnen seien, mit denen sich die Projektgruppe 6 zu befassen habe. Als besonders schwierig erweise sich hier die Klärung der Frage, wie angesichts der angestrebten Änderung des Artikels 84 Grundgesetz zukünftig bei Bundesgesetzen mit erheblichen Kostenfolgen für die Länder verfahren werden solle. Weiter hebt er den Themenkomplex „Steuerautonomie und Steuergesetzgebung“ hervor, der ebenfalls von der Projektgruppe 6 bearbeitet werde. Zwar lägen hierzu noch keine konkreten Vorschläge vor, von besonderem Interesse sei aber die Tatsache, dass der Landtagsbank zugesagt worden sei, die Mitglieder der Landesparlamente zur Beratung dieses Themas in die Projektgruppe einzuladen.

LP Arens merkt an, bereits dieser kurze Überblick habe gezeigt, welche komplexe Arbeit die Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in ihren Arbeits- und Pro-

jektgruppen zu leisten habe. Die beiden Vorsitzenden Müntefering und Stoiber hätten in der Sitzung vom 8. Juli 2004 noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig eine erfolgreiche Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung für die Bundesrepublik sei. Diese Einschätzung könne er - so LP Arens - nur unterstreichen. Die Bundesstaatskommission sei geradezu „zum Erfolg verdammt“. Es müssten Ergebnisse für die Entflechtung von Entscheidungsprozessen in Bund und Ländern, die nachvollziehbare Zuordnung politischer Verantwortung nach den Grundsätzen der Subsidiarität und eine angemessene finanzielle Ausstattung der Länder und Kommunen erreicht werden.

Zur besonderen Funktion der Landesparlamente in der Kommissionsarbeit weist LP Arens darauf hin, die Landtagsbank habe dafür gesorgt, dass die Positionen der Landtage zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in die Arbeit der Kommission einfließen. In diesem Zusammenhang hebt er das Positionspapier der Fraktionsvorsitzenden der Landtage in der Kommission, das Positionspapier der Präsidenten der Landtage in der Kommission sowie die anlässlich der letzten Landtagspräsidentenkonferenz verabschiedete Quedlinburger Erklärung vom 18. Mai 2004 hervor, die als Kommissionsdrucksachen verteilt worden seien und den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorlägen (Kommissionsdrucksachen 0036, 0038 und 0051 - im Internet abzurufen unter: www.bundesrat.de). Die Quedlinburger Erklärung trete mit Nachdruck dafür ein, die Landesparlamente zukünftig vor dem Erlass eines Rechtsaktes durch die Europäische Union an der Subsidiaritätskontrolle durch den Bundesrat zu beteiligen. Weiter sei auch auf die Forderung nach einer Beteiligung der Landesparlamente bei der Übertragung von Gesetzgebungsbefugnissen der Länder hinzuweisen.

LP Arens betont, dass er als Vertreter der Landesparlamente in der Bundesstaatskommission selbstverständlich nicht davon begeistert gewesen sei, dass die Landtagsbank an der Arbeit der Projektgruppen grundsätzlich nicht teilnehmen dürfe. Wichtig bleibe deshalb der Schulterschluss zwischen Landesparlamenten und Landesregierungen, der in Schleswig-Holstein sehr gut funktioniere. In den vergangenen Monaten habe er regelmäßig auch die Fraktionsvorsitzenden des Landtages und die Landesregierung zu einer Jour fixe-Runde „Bundesstaatskommission“ eingeladen.

Zusammenfassend stellt LP Arens fest, dass er über die getroffenen Feststellungen hinaus nicht vorhersagen könne, welche konkreten Vorschläge am Ende der letzten Sitzung der Bundesstaatskommission stehen werden. Insofern sei sein heutiger Bericht lediglich als Zwischenbericht zu werten. Der Zeitplan der Bundesstaatskommission sehe vor, dass die Projektgruppen bis Ende September zu den ihnen zugewiesenen Themenbereichen konkrete Vorschläge erarbeiten sollten, die dann unter Beteiligung der Landtagsbank in den Arbeitsgruppen und deren Kommission selbst beraten werden. Die Kommission habe noch drei Sitzungs-

termine vorgesehen. Wenn der Prozess erfolgreich verlaufe - so die Einschätzung von LP Arens - sollte die Kommission zum Jahresende in der Lage sein, Bundestag und Bundesrat konkrete Vorschläge zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung vorzulegen.

Abschließend bietet er an, mit den Mitgliedern des Europaausschusses in einer Sitzung am Jahresende noch einmal erneut über die Arbeit der Bundesstaatskommission zu diskutieren, dann hoffentlich anhand von konkreten Ergebnissen.

Abg. Schmitz-Hübsch betont noch einmal die Bedeutung der Arbeit der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung und den Druck, zu einer Neuordnung und konkreten Ergebnissen der Arbeit zu kommen. Sie möchte wissen, ob LP Arens bestätigen könne, dass oftmals Widerstand gerade von Bundestagsabgeordneten geleistet werde, weil sie durch eine Neuordnung Kompetenzeinbußen befürchteten. LP Arens erklärt, dass es aus mehreren Interessenlagen heraus natürlich Widerstände gebe, sowohl bei der Bundesregierung als auch vom Bundestag. Inzwischen sei man aber schon zu ein paar mehr Änderungen bereit als zu Beginn der Arbeit. Richtig sei aber, dass die entscheidenden Widerstände bei vielen Fragen vom Bund kämen. Allerdings gebe es auch gehörige Probleme im Bereich der Länder, sich in einigen Fragen zu bewegen. In diesem Gesamtprozess sei es sehr schwierig, unter Ausklammerung von Detailfragen, überhaupt zu irgendwelchen Lösungen kommen zu können. So sei auch der Druck aus Regierungskreisen in die Kommission hinein, was die Finanzbeziehungen betreffe, sehr stark. Außerdem dürften nicht die Einwirkungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Lobbyisten nicht verkannt werden, die sich dafür stark machten, dass möglichst viel in Bundesverantwortung verbleibe.

Abg. Greve bezeichnet als eine der Kernfragen für die Zukunft die Regelung der Einwirkungsmöglichkeiten des Bundes und der Länder auf die Normsetzung auf europäischer Ebene.

Abg. Franzen erklärt, die Landesparlamentarier hätten schon die Möglichkeit, im gewissen Sinne Einfluss auf die europäische Gesetzgebung zu nehmen, allerdings müsse sich hier jeder selbst einbringen und informieren. Informationsmöglichkeiten gebe es jedoch genug. Das in der Europäischen Verfassung vorgesehene so genannte Frühwarnsystem sehe sie in diesem Zusammenhang bisher noch skeptisch, denn eine Einflussnahme der Länder innerhalb von sechs Wochen sei sehr schwierig. Auch sie hebt noch einmal die Wichtigkeit der Arbeit der Kommission für die Politik im ganzen Land, insbesondere ihr Ansehen in der Bevölkerung, hervor und erklärt, ein Scheitern der Arbeit der Kommission würde eine Katastrophe für das Ansehen der Politik im Land bedeuten.

Abg. Rodust erklärt, nach der Einführung des so genannten Frühwarnsystems sei es nun Sache der Länder, dafür zu sorgen, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass das Frühwarnsystem auch mit Leben erfüllt und umgesetzt werden könne. Daran bestehe jedoch auf Bundesebene - egal innerhalb welcher Fraktion - überhaupt kein Interesse.

Abg. Greve erläutert anhand eines Beispiels, in Tankstellen und Kaufhäusern Apothekenshops einzurichten, den Vorstoß einer Lobby in Brüssel, und erklärt, dass es durchaus nicht über alle Entwicklungen auf der Ebene der Europäischen Union ausreichende Informationen gebe. Deshalb sei es besonders wichtig, für die Länder eine Anlaufstelle einzurichten, die über sämtliche Themen auf europäischer Ebene informiere, die die Länder betreffen.

LP Arens erklärt, wichtiger sei es aus seiner Sicht für ein Parlament, vorab über das informiert zu werden, was auf Bundesebene an Gesetzgebungsinitiativen laufe. Das heißt, das Parlament müsse mit der eigenen Regierung zu einem Abkommen kommen, das es im Vorwege über alles, was an Gesetzgebung und politischer Entscheidung außerhalb Schleswig-Holsteins anstehe, informiert werde. Zur Regelung der Zuständigkeiten und Informationspflichten auf europäischer Ebene erklärt er, an der Europäischen Verfassung könne nun nichts mehr geändert werden, also müsse nun dafür gesorgt werden, dass die darin vorgesehenen Instrumente durch strukturelle Änderungen innerhalb des Bundes und der Länder umgesetzt würden.

Abg. Spoorendonk hält es für wichtig, zunächst einmal zu klären, welche Themen auf europäischer Ebene künftig Bundesaufgabe und welche Länderaufgabe sein sollten. Diese Diskussion habe bisher überhaupt noch nicht stattgefunden.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, erklärt, Ausgangslage sei, dass der Bund stärker als die Länder sei und innerhalb der Länder die Regierungen stärker als die Landesparlamente. Deshalb müssten die Landesparlamente am Ende der gesamten Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung eigentlich als Gewinner aus der Diskussion herausgehen. Wichtig sei deshalb, dass auch der Ausschuss selbst sich mit der Frage beschäftige, wo er seine Ausschusskontrollrechte und Informationsrechte noch weiter stärken wolle, damit er von Entscheidungen auf Bundes- und EU-Ebene nicht gänzlich ausgeschlossen sei.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Perspektiven des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedenswissenschaften an der CAU Kiel (SCHIFF) im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ostseekooperation

Prof. Dr. Klaus Potthoff, Geschäftsführender Direktor des SCHIFF Institutes
und
Christian Wellmann, Stellvertretender Direktor

Hier: Anlage zu dieser Niederschrift

Prof. Dr. Klaus Potthoff, Geschäftsführender Direktor des SCHIFF Institutes und Christian Wellmann, Stellvertretender Direktor informieren anhand eines Powerpointvortrages (Anlage zu dieser Niederschrift) über Perspektiven des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedenswissenschaften an der CAU Kiel (SCHIFF) im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ostseekooperation. Hierbei gehen sie auf die Entwicklung der Ostseekooperation nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, die durch Schleswig-Holstein entscheidend gefördert worden sei, und die einzelnen Schritte der Intensivierung sowie den Ausbaus der Beziehungen in den letzten Jahren ein.

Prof. Dr. Potthoff stellt kurz die Arbeit und die Entwicklung des SCHIFF mit einem besonderen Fokus auf Kaliningrad vor und nennt Beispiele für Kooperationsprojekte des Landtages mit dem SCHIFF im Zusammenhang mit der Oblast Kaliningrad.

Herr Wellmann verweist auf die detaillierte Vorstellung einzelner Arbeiten des SCHIFF vor dem Ausschuss, zum Beispiel des Ergebnisses der Studie Zivilgesellschaft in Kaliningrad und der Broschüre „Civil Society around the Baltic Rim“, die das SCHIFF zur Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald im Jahr 2001 erarbeitet habe, hin. Prof. Dr. Potthoff weist weiter auf die zusammen mit dem Landtag entwickelte Konzeption der Sommerakademie hin, die in diesem Jahr zum vierten Mal stattgefunden habe, diesmal in Litauen. Zur dauerhaften Absicherung dieses erfolgreichen Projekts versuche das SCHIFF zurzeit, Mittel vom Europäischen Parlament einzuwerben. Er legt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage eine Informationsmappe zur Sommerakademie vor.

Prof. Dr. Potthoff betont die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit dem Landtag und stellt die Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit in mehreren Bereichen, die Einbindung Russlands in die Ostseekooperation, insbesondere in Bezug auf die Oblast Kaliningrad und Lenin-

grad mit St. Petersburg; die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Nord-Ost-Europa; Beiträge zur Strategieentwicklung für eine Kooperation der regionalen Parlamente nach dem EU-Prozess und die dauerhafte Absicherung der ISA, vor. Er verweist auf das vor etwa einundeinhalb Jahren durchgeführte Seminar in Hohwacht, das seiner Meinung nach Anstöße für die weitere Arbeit und Kooperation der regionalen Parlamente nach dem EU-Prozess gegeben habe. Er erklärt, ihm liege sehr viel daran, dass die für das SCHIFF sehr fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Landtag weiter fortgesetzt werde.

Herr Wellmann beschreibt den derzeitigen Forschungsschwerpunkt des SCHIFF-Institutes mit Kaliningrad als ein Thema in der Ostseezusammenarbeit, das einen wichtigen Aspekt für die künftigen Beziehungen zwischen Russland und der EU darstelle und stellt sein neues Buch mit dem Titel „The Russian Domestic Debate on Kaliningrad“ vor.

Er berichtet weiter über die Initiierung eines runden Tisches durch das renommierte New Yorker East-West-Institut auf der Grundlage der Kieler Internationalen Ad-hoc-Expertengruppe zu Kaliningrad mit hochrangigen Vertretern aus der Ostseeregion, an dem das SCHIFF-Institut beratend beteiligt sei.

Herr Wellmann bietet dem Landtag die Unterstützung des SCHIFF-Instituts bei eventuellen Initiativen im Zusammenhang mit der anstehenden 750-Jahr-Feier von Königsberg/Kaliningrad an. Außerdem schlägt er vor, auf der Grundlage seines Aufsatzes „Reflections on the State of NGO Co-operation and Civil Society Development in the Baltic Sea Region“ gemeinsam über weitere Maßnahmen und Projekte, die der Landtag in Zusammenarbeit mit dem SCHIFF-Institut anstoßen könne, nachzudenken.

Prof. Dr. Potthoff ergänzt, vielleicht sei es hilfreich, eine Art Brainstorming zur künftigen Strategie der Zusammenarbeit durchzuführen und die strukturellen Bedingungen für eine Fortsetzung der Kooperation zwischen Landtag und SCHIFF festzulegen. Er stellt sodann einige Ideen zur zukünftigen Struktur des SCHIFF-Institutes vor, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Eingliederung des SCHIFF-Institutes in die Universität Kiel, um eine stärkere Vernetzung mit der Lehre herbeizuführen. Er betont, mit dieser Verknüpfung dürfe keine drastische Reduzierung der Mittel des Institutes einhergehen, denn die derzeit dem SCHIFF zur Verfügung stehenden Mittel würden dringend benötigt, um auch Drittmittel einwerben zu können und den guten Ruf, die Bedeutung des Instituts zu halten und weiter ausbauen zu können.

In der anschließenden Diskussion möchte Abg. Ritzek zunächst wissen, ob das SCHIFF über Möglichkeiten für den Aufbau von neuen Kooperationen mit anderen Ländern an der Ostsee

im Wege einer virtuellen Vernetzung, vergleichbar mit der virtuellen Universität in Lübeck, nachgedacht habe, um in den Genuss von Fördermitteln der Europäischen Union zu kommen.

Abg. Spoorendonk verweist auf die Möglichkeit einer stärkeren Kooperation mit dem ECMI in Flensburg, die auch für das Profil der Universität in Flensburg vorteilhaft wäre.

Abg. Franzen greift den Vorschlag auf, ein gemeinsames Brainstorming über die Zusammenarbeit zwischen SCHIFF und Landtag durchzuführen und schlägt vor, dieses im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, nicht in einer offiziellen Ausschusssitzung, zu initiieren.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, weist darauf hin, dass es in Absprache mit der Duma und weiteren Ländern eine Initiative zur Gestaltung eines Parks im Zusammenhang mit der anstehenden anstehenden 750-Jahr-Feier der Stadt gebe. Er greift weiter die Anregung von Abg. Behm und Abg. Franzen auf, sich noch einmal verstärkt um die Frage zu kümmern und eventuell weitere Initiativen anzustoßen, möglichst noch in dieser laufenden Legislaturperiode.

Prof. Dr. Potthoff weist im Zusammenhang mit der Beantwortung der Frage von Abg. Ritzek darauf hin, dass sich die virtuelle Universität Lübeck inhaltlich im Moment sehr stark auf das Thema „Wissenschaft und Technik“ ausgerichtet habe. Das SCHIFF-Institut habe aber durchaus ein Interesse daran, sich an solchen Kooperationsstrukturen zu beteiligen. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass dem Institut entsprechende Ressourcen zur Verfügung stünden.

Zum Hinweis von Abg. Spoorendonk, die Kooperation mit dem ECMI in Flensburg zu verstärken, erklärt er, dass schon jetzt eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem ECMI bestehe. So sei Herr Wellmann unter anderem Mitglied im Beirat des SCHIFF und beide Institutionen arbeiteten in mehreren Arbeitsgruppen sehr eng zusammen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

3. Kohäsionsbericht der Europäischen Kommission

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 18. Juni 2004 zur abschließenden Beratung)

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, weist darauf hin, dass die Ministerpräsidentin in ihrem mündlichen Bericht im Plenum angekündigt habe, dass für die Positionierung der Regionalpolitik Schleswig-Holsteins nach dem Jahr 2006 die für den 14. Juli 2004 erwarteten Legislativvorschläge der Kommission zunächst abgewartet werden müssten. Da diese jetzt vorlägen und der Ausschuss für die zweite Konferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 19. bis 21. September in Stettin eine Position zur Strukturpolitik benötigte, rege er an, dass der Europaausschuss die Landesregierung auffordere, eine schriftliche Stellungnahme zu den Legislativvorschlägen bis Mitte September, möglichst bis zum 10. September 2004, vorzulegen. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Verfahrensvorschlag zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Rodust berichtet über ein Schreiben des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Jochen Belt, in dem er mitteile, dass es gelungen sei, den Bund deutscher Nordschleswiger (BDN) aus den aktuellen Kürzungsvorschlägen der Bundesregierung herauszunehmen. Sie kündigt an, das Schreiben allen Ausschussmitgliedern zur Kenntnis zuzuleiten.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:42 Uhr.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin